

München, 22.11.2016

CSU stellt Wirtschaftsinteressen über Patientenwohl

SPD fordert verbindliche Vorratshaltung bei den Herstellern wichtiger Medikamente - Lieferengpässe bedrohen Menschenleben - CSU hält wirtschaftliche Interessen der Pharmaindustrie aber für wichtiger als das Patientenwohl

Wie der Großhandel und die Apotheken sollen auch die Pharmakonzerne zur Lagerhaltung verpflichtet werden, um den zahlreich auftretenden Lieferengpässen bei Medikamenten vorzubeugen, forderte die SPD-Landtagsfraktion in einem heute (22.11.2016) im Plenum von der CSU abgelehnten Antrag. "Das ist nicht hinnehmbar, hier geht es oftmals um Leben und Tod", kritisiert die Vorsitzende des Gesundheitsausschusses im Bayerischen Landtag und gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion **Kathrin Sonnenholzner**. "Die CSU stellt sich hier gegen Patienteninteressen und protegiert die Pharmaindustrie. Zum Nachteil kranker Menschen."

Immer öfter sind wichtige Medikamente in Klinikapotheken nicht vorrätig. Das betrifft unter anderem auch das wichtige Krebsmedikament Alkeran. Unikliniken beklagen wöchentlich zwei bis drei entsprechende Fälle aus allen Bereichen. Auch die deutsche Gesellschaft für Infektologie und der Bundesverband Deutscher Krankenhausapotheker warnen vor einer Gefährdung von Patienten durch Engpässe im Bereich der Antibiotikaversorgung, da die Ersatzpräparate Resistenzen begünstigen.

Dennoch stellt sich die CSU mit Hinweis auf mögliche betriebswirtschaftliche Nachteile der Pharmakonzerne gegen eine verbindliche Lagerhaltung. Sonnenholzner hält dagegen: "Von den Apothekern und vom Großhandel wird bereits eine Vorratshaltung verlangt, ungeachtet ob ihnen empfindliche Lagerkosten entstehen. Dann muss dies auch von den Herstellern verlangt werden können. In der Abwägung zwischen den wirtschaftlichen Interessen der Arzneimittelhersteller und den Interessen der Patienten an einer funktionierenden Arzneimittelversorgung ist die Gesundheit der Patienten eindeutig das höherwertige Gut!"